

387309-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Modernisierung der Infrastruktur auf der Hochhalde Schkopau (HHS), Teilbereich Verkehrsinfrastruktur

OJ S 107/2026 05/06/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: MDSE Mitteldeutsche Sanierungs- und Entsorgungsgesellschaft mbH

E-Mail: info@mdse.de

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Umweltschutz

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Modernisierung der Infrastruktur auf der Hochhalde Schkopau (HHS), Teilbereich Verkehrsinfrastruktur

Beschreibung: Im Zuge der fortschreitenden Detaillierung der Verkehrsanlagenplanung für die Neuordnung der Verkehrsflüsse auf der Hochhalde Schkopau der MDSE hat sich gezeigt, dass die vorhandenen Leit- und Sicherheitssysteme nicht den zukünftigen Anforderungen gerecht werden. Insbesondere durch die Neuordnung des Verkehrsstromes der Zu- und Abfahrt der LKW-Verkehre, sowie die veränderte Straßenführung und damit Grenze des Überganges von öffentlichen Verkehrsflächen und Betriebsflächen der MDSE sind neu zu projektierende Leit- und Sicherheitssysteme nötig. Folgende Planungsschwerpunkte sind abzudecken und müssen erfüllt werden: - Planung einer Schrankenanlage für die Zu- und Abfahrt des LKW-Verkehrs inkl. Integration in den Leitstand im Neubau X16 (Sozialgebäude) der Hochhalde (Gegensprechanlage, Videoüberwachung, Chip/Kartenleseanlage und möglicherweise Kennzeichenerkennung) sowie eines Notarbeitsplatzes vor Ort in ca. 1,0km Entfernung zum Neubau X16 am Standort der neuen Schrankenanlage. Die Verbindung zwischen der Schrankenanlage und der Leitstelle ist per Kabelverbindung zu realisieren. - Projektierung der notwendigen Lichtzeichen (Ampeln und möglicherweise Bildschirmtechnik) zur Leitung der Verkehrsströme, dies muss eine Verkehrsführung ab dem befahren des Haldengeländes, über die Zuführung / Leitung auf die aktive Verwiege-Technik bis hin zu einer Signalisierung einer möglichen Zwischenpufferung der Verkehrsströme auf dafür vorgehaltenen Flächen ermöglichen. - Planung einer fernsteuerbaren Toranlage als Schließanlage um das Gelände der HHS außerhalb der Betriebszeiten vor unberechtigtes Betreten zu schützen. - Planung einer Ampelregelung für die Zufahrt zum Haldenkörper mit Belegungsdetektoren und min. 2 Signalgebern - Planung einer möglichen zusätzlichen Integration von vorhandener Überwachungstechnik in die neue Gesamtanlage, soweit es im weiteren Planungsverlauf notwendig werden sollte. Die Baukosten der Maßnahme (Verkehrsanlagen) belaufen sich insgesamt auf über 5,960 Mio. € brutto für die Verkehrswege sowie ca. 215.000,00 € netto für die Verkehrsleit- und Sicherungssysteme. Die Leistungserbringung soll unmittelbar nach Auftragserteilung erfolgen. Die Auftragserteilung ist im Juni 2026 vorgesehen. weitere voraussichtliche Projektmeilensteine: Beginn der Planung 07

/2026 Entwurfsplanung und Kostenberechnung gem. LP 3 HOAI 08/2026 Ausführungsplanung (LP 5) und Vorbereitung der Vergabe (LP 6) 09/2026 Ausführung der ersten Teile der Verkehrsanlagen 10/2026 Fertigstellung der Gesamtmaßnahme 12/2028 Planung Technische Ausrüstung Leistungsphasen 1 bis 8 nach § 53 HOAI 2021 Leistungsinhalt sollen alle Grundleistungen der einzelnen Leistungsphasen gemäß Anlage 15 (zu § 55 Absatz 3, § 56 Absatz 3) HOAI sein. Auf Grundlage von Anlage 15 HOAI wird diese Maßnahme der Honorarzone III zugeordnet. Besondere Leistungen Für die Planung von Technischer Ausrüstung sind folgende besondere Leistungen zu erbringen: - Mitwirken bei der Bedarfsplanung für komplexe Nutzungen zur Analyse der Bedürfnisse, Ziele und einschränkenden Gegebenheiten (Kosten-, Termine und andere Rahmenbedingungen) des Bauherrn und wichtiger Beteiligter - Erarbeiten der Wartungsplanung und -organisation - Erstellen fachübergreifender Betriebsanleitungen (zum Beispiel Betriebshandbuch, Reparaturhandbuch) - Durchführen von Leistungsmessungen und Funktionsprüfungen
Kennung des Verfahrens: a3468db9-adc9-4656-916f-6ff69e1db370
Interne Kennung: S26000071
Verfahrensart: Offenes Verfahren
Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Deponie Hochhalde Schkopau

Land, Gliederung (NUTS): Saalekreis (DEE0B)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Es gelten die Ausschlussgründe nach § 123 GWB sowie speziell nach § 123 Abs. 1 Nr. 1: § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland)

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Es gelten die Ausschlussgründe nach § 123 GWB sowie speziell nach Abs. 1 Nr. 2: § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer sol-chen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen, und § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche)

Betrug: Es gelten die Ausschlussgründe nach § 123 GWB sowie speziell nach Abs. 1 Nr. 3, 4, 5.: § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäi-schen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder inihrem Auftrag verwaltet werden und § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden

Korruption: Es gelten die Ausschlussgründe nach § 123 GWB sowie speziell nach Abs. 1 Nr. 6 - 9: § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen), § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern), , oder § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung), den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete) und Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr)

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Es gelten die Ausschlussgründe nach § 123 GWB sowie speziell nach Abs. 1 Nr. 10: §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung)

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Es gelten die Ausschlussgründe § 124 GWB und speziell § 124 Abs. 1 Nr. 1: das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträgen nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat

Zahlungsunfähigkeit: Es gelten die Ausschlussgründe § 124 GWB und speziell § 124 Abs. 1 Nr. 2: das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Es gelten die Ausschlussgründe § 124 GWB und speziell § 124 Abs. 1 Nr. 3: das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden. Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Es gelten die Ausschlussgründe § 124 GWB und speziell § 124 Abs. 1 Nr. 4 - 9: der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann, eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann, das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat, das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder das Unternehmen a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder c) fahrlässig oder vorsätzlich

irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Bei Nichterfüllung der Anforderungen des Art. 5k der VO (EU) Nr. 833/2014, die in der Erklärung RUS Sanktionen aufgeführt sind, greift das Zuschlagsverbot für das betroffene Unternehmen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Modernisierung der Infrastruktur auf der Hochhalde Schkopau (HHS), Teilbereich Verkehrsinfrastruktur

Beschreibung: Im Zuge der fortschreitenden Detailierung der Verkehrsanlagenplanung für die Neuordnung der Verkehrsflüsse auf der Hochhalde Schkopau der MDSE hat sich gezeigt, dass die vorhandenen Leit- und Sicherheitssysteme nicht den zukünftigen Anforderungen gerecht werden. Insbesondere durch die Neuordnung des Verkehrsstromes der Zu- und Abfahrt der LKW-Verkehre, sowie die veränderte Straßenführung und damit Grenze des Überganges von öffentlichen Verkehrsflächen und Betriebsflächen der MDSE sind neu zu projektierende Leit- und Sicherheitssysteme nötig. Folgende Planungsschwerpunkte sind abzudecken und müssen erfüllt werden: - Planung einer Schrankenanlage für die Zu- und Abfahrt des LKW-Verkehrs inkl. Integration in den Leitstand im Neubau X16 (Sozialgebäude) der Hochhalde (Gegensprechanlage, Videoüberwachung, Chip/Kartenleseanlage und möglicherweise Kennzeichenerkennung) sowie eines Notarbeitsplatzes vor Ort in ca. 1,0km Entfernung zum Neubau X16 am Standort der neuen Schrankenanlage. Die Verbindung zwischen der Schrankenanlage und der Leitstelle ist per Kabelverbindung zu realisieren. - Projektierung der notwendigen Lichtzeichen (Ampeln und möglicherweise Bildschirmtechnik) zur Leitung der Verkehrsströme, dies muss eine Verkehrsführung ab dem befahren des Haldengeländes, über die Zuführung / Leitung auf die aktive Verwiege-Technik bis hin zu einer Signalisierung einer möglichen Zwischenpufferung der Verkehrsströme auf dafür vorgehaltenen Flächen ermöglichen. - Planung einer fernsteuerbaren Toranlage als Schließanlage um das Gelände der HHS außerhalb der Betriebszeiten vor unberechtigtes Betreten zu schützen. - Planung einer Ampelregelung für die Zufahrt zum Haldenkörper mit Belegungsdetektoren und min. 2 Signalgebern - Planung einer möglichen zusätzlichen Integration von vorhandener Überwachungstechnik in die neue Gesamtanlage, soweit es im weiteren Planungsverlauf notwendig werden sollte. Die Baukosten der Maßnahme (Verkehrsanlagen) belaufen sich insgesamt auf über 5,960 Mio. € brutto für die Verkehrswege sowie ca. 215.000,00 € netto für die Verkehrsleit- und Sicherungssysteme. Die Leistungserbringung soll unmittelbar nach Auftragserteilung erfolgen. Die Auftragserteilung ist im Juni 2026 vorgesehen. weitere voraussichtliche Projektmeilensteine: Beginn der Planung 07 /2026 Entwurfsplanung und Kostenberechnung gem. LP 3 HOAI 08/2026 Ausführungsplanung (LP 5) und Vorbereitung der Vergabe (LP 6) 09/2026 Ausführung der ersten Teile der Verkehrsanlagen 10/2026 Fertigstellung der Gesamtmaßnahme 12/2028 Planung Technische Ausrüstung Leistungsphasen 1 bis 8 nach § 53 HOAI 2021 Leistungsinhalt sollen alle Grundleistungen der einzelnen Leistungsphasen gemäß Anlage 15 (zu § 55 Absatz 3, § 56 Absatz 3) HOAI sein. Auf Grundlage von Anlage 15 HOAI wird diese Maßnahme der Honorarzone III zugeordnet. Besondere Leistungen Für die Planung von Technischer Ausrüstung sind folgende besondere Leistungen zu erbringen: - Mitwirken bei der Bedarfsplanung für komplexe Nutzungen zur Analyse der Bedürfnisse, Ziele und einschränkenden Gegebenheiten (Kosten-, Termine und andere Rahmenbedingungen) des

Bauherrn und wichtiger Beteiligter - Erarbeiten der Wartungsplanung und -organisation - Erstellen fachübergreifender Betriebsanleitungen (zum Beispiel Betriebshandbuch, Reparaturhandbuch) - Durchführen von Leistungsmessungen und Funktionsprüfungen
Interne Kennung: S26000071

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Deponie Hochhalde Schkopau

Land, Gliederung (NUTS): Saalekreis (DEE0B)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2028

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis Berufsstand nach § 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV des Büroinhabers Namentliche Nennung des Büroinhabers, des Projektleiters und des Bauleiters sowie deren Qualifikation. Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung gem. § 122 Abs. 2 Satz 1 GWB und § 44 VgV Abs. 1 (Berufs-/Handelsregister bzw.

Gewerbeanmeldung) oder Nachweis der Berufsqualifikation gem. § 44 VgV Abs. 2 des Büroinhabers / der Büroinhaberin oder einer Führungskraft. Zugelassen ist, wer die

Berufsbezeichnung „Ingenieur“, „Verkehrsanlagenplaner“, „Landschaftsarchitekt“ oder

vergleichbar tragen darf. Darüber hinaus gilt als Nachweis der Qualifikation: Nachweis eines

berufsqualifizierenden Hochschulabschlusses eines Studiums der Fachrichtung

Verkehrsanlagenplanung, Landschaftsarchitektur oder des Bauingenieurwesens mit einer mindestens dreijährigen Berufserfahrung.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis einer bestehenden Haftpflichtversicherung für den Auftragsfall gem. § 45 Abs. 1 Satz 3 sowie Abs. 4 Satz 2 VgV. - Für Personenschäden:

mindestens 1.500.000 € - Für sonstige Schäden: mindestens 250.000 € - jeweils 2-fach

maximiert Sollte eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung in der geforderten Höhe

nicht vorliegen, ist als Nachweis auch die Bestätigung eines Versicherers ausreichend, dass

dieser bereit ist, im Auftragsfall eine solche Versicherung abzuschließen.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Erklärung, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren ersichtlich ist gem. § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV. Das Büro gilt als geeignet, wenn die Zahl der Beschäftigten inklusive aller Vorgesetzten und Inhaber im Durchschnitt über die letzten drei Jahre mindestens 3 beträgt.

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Angabe, welche Teile des Auftrages der Bieter unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt.

Kriterium: Informationssicherheit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Erklärung des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123 und 124 GWB vorliegen. Die Erklärung muss auch von vorgesehenen Nachunternehmern, jeweils für sich selbst abgegeben werden.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Referenzprojekt 1

Beschreibung: 25

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Referenzprojekt 2

Beschreibung: 25

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Honorarangebot

Beschreibung: 50

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=865387>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=865387>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 06/07/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 2 Monate

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Es werden ausschließlich Unterlagen zur Eignungsfeststellung nachgefordert.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 06/07/2026 10:01:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer beim Landesverwaltungsamts Sachsen-Anhalt

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: SALEG - Sachsen-Anhaltische Landesentwicklungsgesellschaft mbH

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: SALEG - Sachsen-Anhaltische Landesentwicklungsgesellschaft mbH

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Vergabekammer beim Landesverwaltungsamts Sachsen-Anhalt

8. Organisationen

8.1. ORG-0000

Offizielle Bezeichnung: MDSE Mitteldeutsche Sanierungs- und Entsorgungsgesellschaft mbH

Registrierungsnummer: DE 139 738 805

Stadt: Bitterfeld-Wolfen

Postleitzahl: 06766

Land, Gliederung (NUTS): Anhalt-Bitterfeld (DEE05)

Land: Deutschland

E-Mail: info@mdse.de

Telefon: +49 (0) 3494 6656 0

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: SALEG - Sachsen-Anhaltische Landesentwicklungsgesellschaft mbH

Registrierungsnummer: HRB 102096

Stadt: Magdeburg

Postleitzahl: 39114

Land, Gliederung (NUTS): Magdeburg, Kreisfreie Stadt (DEE03)

Land: Deutschland

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

8.1. **ORG-0002**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer beim Landesverwaltungsamts Sachsen-Anhalt

Registrierungsnummer: t:03455141536

Stadt: Halle (Saale)

Postleitzahl: 06112

Land, Gliederung (NUTS): Halle (Saale), Kreisfreie Stadt (DEE02)

Land: Deutschland

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. **ORG-0003**

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: f5721edd-1d96-4339-ae9a-b4a6696446d2 - 02

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 04/06/2026 14:00:28 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 387309-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 107/2026

Datum der Veröffentlichung: 05/06/2026